

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

16.8.1932 (No. 190)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: J. B. G. A. Schlicht, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark... Einzelnummer 10 Reichspfennig...

Zum Hinscheiden des bad. Innenministers

Emil Maier's letzte Fahrt

Die sterbliche Hülle des in Freudenstadt verstorbenen Innenministers Emil Maier wurde am Montag nach Heidelberg überführt...

Bereits kurz nach 12 Uhr hatten sich Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners...

Sechs berittene Polizisten bildeten die Spitze des Zuges, ihnen folgte der Wagen mit der Witwe und den Angehörigen des Verstorbenen...

Die Beisetzung der Leiche erfolgt am morgigen Mittwochmittag um 3 Uhr auf dem Bergfriedhof in Heidelberg.

Beileidsbezeugungen

Der badische Regierung sind die nachstehend abgedruckten Beileidstelegramme zugegangen:

Dem badischen Staatsministerium spreche ich zugleich im Namen der Reichsregierung zum Hinscheiden des Herrn Innenministers mein aufrichtiges Beileid aus.

Reichskanzler von Papen.

Zu dem unerwarteten Ableben des Herrn Innenministers Maier spreche ich mein aufrichtiges Beileid aus.

Freiherr von Gayl.

Dem badischen Staatsministerium spreche ich meine wärmste Teilnahme aus zu dem schweren Verlust, den das Land Baden durch den Tod des Staatsministers Maier erlitten hat.

Reichsverkehrsminister Frhr. v. Elk.

Mit tiefem Bedauern hat der Reichstag von dem schmerzlichen Verlust vernommen, der die badische Staatsregierung und das Land Baden durch das unerwartete Hinscheiden des hochgeschätzten Herrn Staatsministers Maier betroffen hat.

J. A. Minister Graf von Helldorf.

Zu dem Ableben des badischen Innenministers spreche ich namens der Preussischen Staatsregierung aufrichtige Teilnahme aus.

Für den Ministerpräsidenten: Bracht.

Zum plötzlichen Tod des Herrn Innenministers Maier übermittle ich den Ausdruck aufrichtiger Teilnahme der hessischen Staatsregierung.

Abelung, Hessischer Staatspräsident.

Spreche zum Tode des Herrn Innenministers Maier herzlichste Teilnahme aus.

Landtagspräsident Duffner.

Zu dem schweren Verlust, den die badische Regierung und das badische Volk mit dem Ableben des Herrn Innenministers getroffen hat, spreche ich mein aufrichtiges Beileid aus.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Ergebenheit und Verehrung Conrad, Erzbischof von Freiburg.

Zu dem schweren Verlust, den das Staatsministerium und der Freistaat Baden durch den Tod des Herrn Ministers des Innern, Emil Maier, erlitten haben, spreche ich zugleich im Namen der Reichsbahndirektion Karlsruhe aufrichtiges Beileid aus.

Mit vorzüglicher Hochachtung J. B.: Bitterich.

Amtlicher Teil

Zum Ableben des Innenministers Maier

Das Staatsministerium hat, wie hierdurch nochmals mitgeteilt sei, angeordnet, daß aus Anlaß des Ablebens des Herrn Ministers des Innern, Emil Maier, am Beisetzungstage, das ist Mittwoch, den 17. August d. J., die staatlichen Dienstgebäude Halbmaß zu beflaggen sind.

Der badische Tabakbau und seine Tabakversuchsfelder

Eine Besuchsfahrt durch nordbadische Tabakbaugemeinden und Besichtigung der Versuchsfelder der Landwirtschaftskammer und des Reichstabakforschungsinstituts.

I. Teil.

Wenn im letzten Jahre aus der Tabakernte 235 488 Doppelzentner Tabak in dachreifem Zustande ausgewogen wurden, so ist diese Zahl ein deutliches Charakteristikum für unseren heimischen Tabakbau.

Spreche ich daher von der Besuchsfahrt durch die Versuchsfelder der badischen Kammer und des Reichstabakforschungsinstituts, so wird es sofort deutlich, daß hier der für die Praxis so notwendige wissenschaftliche Teil der Pflanzertätigkeit sich widerspiegelt.

Allgemeinheit verwaltet und dem Verlag und der Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ stets wohlwollendes Verständnis entgegengebracht.

Mit ausgezeichnete Hochachtung Ihr sehr ergebener Dr. F. Stan.

Dem Staatsministerium spreche ich zum Ableben des Herrn Innenministers aufrichtigste Teilnahme aus.

Direktor der Daimler-Benz AG, z. St. Merzheim.

Mit tiefem Bedauern hat die Oberpostdirektion von dem plötzlichen Hinscheiden des Herrn Ministers des Innern, Maier, Kenntnis genommen.

Das Andenken an den Entschlafenen wird hier in Ehren gehalten werden.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung Kammerer, Abteilungsleiter.

Wie ich soeben erfahren habe, ist der badische Minister des Innern, Herr Emil Maier, am 14. August d. J. nach längerer, schwerer Krankheit in Freudenstadt verstorben.

Mit dem Verstorbenen ist ein aufrechter, ehrliebender Politiker und Staatsmann dahingegangen, dem ich seit längerem und ehrendes Gedenken bewahren werde.

Mit ausgezeichneter Hochachtung! Kauf, Präsident der Landesversicherungsanstalt.

Dem badischen Staatsministerium beehre ich mich, aus Anlaß des tiefbedauerlichen Hinscheidens des Herrn Ministers des Innern mein aufrichtiges und wärmstes Beileid auszusprechen.

Dr. Scheffmeier, Landeskommissar für die Kreisstadt Mannheim, Heidelberg, Mosbach.

Zum Ableben des Herrn Innenministers bitte ich namens der Landwirtschaftskammer, Ihnen und den Mitgliedern des Kabinetts aufrichtige Teilnahme auszusprechen zu dürfen.

Graf Douglas.

Namens des Badischen Städteverbandes gestalte ich mir, dem Staatsministerium des tiefgefühlten Anteilnahme an dem Hinscheiden des Herrn Ministers des Innern auszusprechen.

Günbert, Oberbürgermeister.

Die Hauptstadt Mannheim bedauert aufrichtig den frühzeitigen Tod des hochverdienten Herrn Innenministers Maier.

Mit tiefer Trauer nahm die Stadt Heidelberg die Kunde von dem unerwarteten Ableben des ihr durch langjähriges Wirken besonders verbundenen Herrn Innenministers Maier auf.

Dr. Reinhaus, Oberbürgermeister.

Dem badischen Staatsministerium beehrt sich die Stadt Forzheim zu dem Hinscheiden des Herrn Innenministers Maier in herzlichster Teilnahme ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen.

Namens des Stadtrats Günbert, Oberbürgermeister.

Anlässlich des Hinscheidens des Herrn Innenministers Maier spricht die Stadt Baden-Baden dem Staatsministerium herzlichste Teilnahme aus.

Mit aufrichtiger Trauer erhielten wir die Nachricht von dem unerwarteten Hinscheiden des Herrn Ministers des Innern, Emil Maier.

In Abwesenheit des Herrn Dr. Albert Mittel und des Herrn Amend spreche ich Ihnen und dem gesamten Ministerium unsere herzlichste Teilnahme bei dem überraschenden Hinscheiden des Herrn Ministers des Innern Emil Maier aus.

Dr. Koller, Oberbürgermeister von Offenburg.

darin zu erblicken, daß dem einzelnen Landwirt wohl ganz genau vorgeschrieben wird, wie er anbauen soll, während auf der anderen Seite auch kontrolliert wird, ob er die Anbauvorschriften eingehalten hat, dagegen dann, wenn er seine Pflicht erfüllt hat, ihm eine gewisse Sicherung für die Verpreisung seiner Ernte erschlossen ist. Daneben wird er immer beraten. Seine Berater sind Mitglieder der amtlichen Stellen, welche für ihn die ganzen Versuchs- und Forschungsfragen zur Durchführung bringen. Somit ist eine sachliche Gewähr für ein korrektes und tatkräftiges Zusammenarbeiten gegeben, besonders dadurch, daß beide Teile an ein und demselben Strang ziehen, der immer wieder heißt: Förderung des Qualitätstabakbaues.

Legen wir uns nun die Frage vor: Was sind die Prinzipien, die diese Versuchstätigkeit tragen, und welche Ziele sollen erreicht werden, so finden wir durchgängig drei Gesichtspunkte, welche die gesamte Tätigkeit bestimmen:

1. Schaffung ganz bestimmter geeigneter Sorten.
2. Untersuchungen über die Einwirkungen der einzelnen verschiedenen Düngemittel auf die Pflanzungen.
3. Keine züchterische Versuche.

Unter dem Gesichtswinkel der Förderung des Qualitätstabakbaues gesehen, bedeuten diese drei Versuchsarten folgendes:

Man will den Pflanzen, welche bei uns heimisch geworden, eine eigene spezifische Widerstandsfähigkeit aneignen, weiterhin durch eine geeignete Düngung sie wesentlich erhöhen, wie auch die Qualität hinsichtlich Beschaffenheit der einzelnen Pflanze und ihrer Ergiebigkeit (Ertragsfähigkeit) steigern, und schließlich neue Sorten züchten, welche entweder rein ausländischer Provenienz sind, oder, wenn diese nicht durchschlagig sich eignen, sie bastardieren (kreuzen) mit einheimischen Pflanzen, ebenfalls mit dem Ziel besserer Qualität und größerer Ergiebigkeit.

In dieser Vielgestaltigkeit, denn welche große Kombinationsmöglichkeiten hier für den Forscher bestehen, mag jedem sofort aus den einzelnen Problemstellungen ersichtlich geworden sein, liegt die Aufgabe, welche zu lösen sich die bezeichneten amtlichen Stellen zum Ziel gesetzt haben. Die Leitung der Versuche liegt in den Händen zweier für den badischen Tabakbau von ausschlaggebender Bedeutung gewordener Männer, nämlich für die Kammer bei Oberlandwirtschaftsrat Dr. Meisner, dem Geschäftsführer des Deutschen Tabakbauverbandes, und für das Institut bei Direktor Dr. Paul König, Forstheim. Ihnen darf unsere heimische Pflanzerschaft mit Vertrauen ihre Belange übertragen, sind sie doch dort in guten und zielbewußten Händen. Hat der badische Tabakbau, und das kann man mit Recht behaupten, einen qualitativ hohen Stand, so ist das unbedingt mit ein wesentliches Verdienst dieser beiden führenden Versuchsfahrer. Bei der im II. Teil zu besprechenden Versuchsfahrt werden all die Versuche aufgeführt, welche unternommen wurden, ihre Ergebnisse besprochen in ihrem augenblicklichen Befund und ihrer Bedeutung in Auswirkung auf die Zukunft.

C. Leonhard Albert, Diplom-Volkswirt.

Die Lage in Preußen

Appell der Sozialdemokraten an den Staatsgerichtshof

Da der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtages, Herrl, bisher trotz entsprechenden Antrages der Sozialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt hat, hat die sozialdemokratische Fraktion ein Telegramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig geschickt, in dem eine einstweilige Verfügung beantragt wird, wonach der Landtagspräsident verfassungsmäßig verpflichtet ist, den am 3. August 1932 gestellten und durch Beschluß des Ältestenrats vom 3. August 1932 sanktionierten Verlangen eines Fünftels der Landtagsmitglieder den Landtag einzuberufen. In dem Verhalten des Landtagspräsidenten wird ein grober Verstoß gegen die preussische Staatsverfassung Art. 17 Abs. 3 erblickt.

Der wesentliche Inhalt dieses telegraphischen Antrages, daß der Landtagspräsident verfassungsmäßig verpflichtet sei, dem Verlangen des Fünftels stattzugeben, deckt sich mit den Ausführungen des Staatsgerichtshofsurteils vom 12. Februar 1932, worin dieses Recht des Fünftels festgestellt worden war. Die Streitfrage liegt allerdings darin, ob das Fünftel einen Sitzungstermin oder lediglich die „frühere Einberufung“ verlangen kann.

Schweinezählung am 1. September. Die nächste Schweinezählung und gleichzeitig die Ermittlung der nichtbeschaffungs-fähigen Hauschlachtungen an Schweinen in den vorhergehenden drei Monaten ist für das Reich zum 1. September angeordnet worden; der Umfang entspricht dem der letzten Zählung. Die Landesregierungen sind von neuem beauftragt worden, dafür Sorge zu tragen, daß die statistischen Angaben geheimgehalten werden und keinesfalls zu Steuerzwecken oder zur Erhebung von Gebühren, Umlagen und ähnlichen Verwendungen finden dürfen.

Kleine Chronik

Das Wrack der „Niobe“ befindet sich nunmehr im Kieler Hafen. Für die Aufrichtung und Hebung des Schiffsrumpfes, sowie die Vergung der Toten werden etwa drei Tage benötigt werden. Das Wrack wurde in der Heilendorfer Bucht in etwa 14 Meter Wassertiefe auf Grund gesetzt und soll nach dem Eintreffen weiterer Hochwasser aus Hamburg gehoben und an Land gesetzt werden.

In Loulon geriet am Montag ein vollbesetzter Autobus zwischen zwei Straßenbahnwagen. Der Zusammenstoß hatte verheerende Folgen. Nicht weniger als 40 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt, 12 mußten schleunigst ins Krankenhaus übergeführt werden.

Ein heftiges Erdbeben wird aus San Juan in der argentinischen Provinz Mendoza gemeldet. Bisher liegen keine Einzelheiten über die Zahl der Opfer vor.

In der Altstadt in Manila vernichtete ein gewaltiger Brand drei ganze Häuserblöcke. Der Brandschaden wird auf 5 Mill. Dollar geschätzt.

Die Parteien und die Lage im Reich

Beratungen des Reichskabinetts

Das Reichskabinetts ist Montag nachmittag zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der in erster Linie die Situation behandelt wird, die sich aus dem Ergebnis der Verhandlungen vom Samstag für die Reichspolitik ergibt. Die Reichsregierung hat, wie bereits angekündigt wurde, die Absicht, nun mit aller Energie an die wirtschaftlichen Aufgaben heranzugehen, damit den Gefahren der Arbeitslosigkeit nach Kräften begegnet werden kann. Das Programm soll in den nächsten 14 Tagen vollständig ausgearbeitet werden, damit die Reichsregierung mit ihm vor den Reichstag treten kann.

Was nach dem Reichstagszusammentritt werden wird, liegt heute im Dunkel. Sicher ist nur, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dafür sorgen wird, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten wird. Dazu gehört auch die Sicherung des Rechtszustandes, wie er durch die geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen gegeben ist. Bekanntlich sind bereits Anträge eingegangen, die auf eine Aufhebung der Rechtsverordnungen abzielen. Ob die Entwicklung zur Auflösung des gegenwärtigen Reichstags und zur Einberufung einer Nationalversammlung führen wird, wie ein Berliner Blatt es andeutet, ist schwer zu beurteilen in einem Augenblick, in dem die Beratungen der Reichsregierung erst beginnen.

Reichsregierung und NSDAP.

In der amtlichen Berliner Mitteilung über die Besprechungen des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler vom Samstag wurde bekanntlich erklärt, daß der Reichspräsident die Ansprüche Hitlers abgelehnt habe, weil Hitler nicht nur die Übertragung des Kanzleramtes, sondern auch die „gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang“ für sich gefordert habe, während in einer nationalsozialistischen Darstellung über die Besprechungen nur davon die Rede war, daß Hitler die „einseitige Staatsführung“ gefordert habe.

Gegenüber der nationalsozialistischen Darstellung hält die zuständige Stelle der Reichsregierung an dem Wortlaut des amtlichen Communiqués fest. Die zuständige Stelle erklärt, daß sie zwar nicht im einzelnen angeben könne, was Hitler unter der Übertragung der vollen Staatsgewalt verstanden habe, jedenfalls habe Hitler aber in seinen Besprechungen mit dem Kanzler ausdrücklich erklärt, daß er die Stellung beanspruchen müsse, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom beisehen habe.

Von amtlicher Stelle wird ferner zu der Zusage Hitlers, das Kabinettskapitel auch ohne nationalsozialistische Beteiligung zu unterstützen, noch folgendes festgestellt: Die Verpflichtung, ein Präsidialkabinetts des Reichspräsidenten zu unterstützen, ist nicht nur von Hitler, sondern auch von anderen maßgebenden Führern der NSDAP. eingegangen worden. Die Form, in der das geschah, ließ keine Zweifel daran, daß das Versprechen der Tolerierung nicht etwa zeitlich begrenzt war, sondern daß es für die gesamte Regierungs-dauer des Kabinetts gelten sollte, das der Reichspräsident als die Regierung seines Vertrauens berufen wollte. Die Zusage der nationalsozialistischen Führer wurde nachher dem Kanzler von Papen gegenüber wiederholt. Und nicht nur unter vier Augen, sondern in Gegenwart einwandfreier Zeugen.

Das Zentrum und die Regierungsbildung im Reich und in Preußen

Das „Deutsche Volksblatt“, das führende württembergische Zentrumsorgan, befaßt sich mit der Auffassung maßgebender Zentrumskreise von der durch das Scheitern der Verhandlungen des Kabinetts Papen mit Hitler geschaffenen Lage.

Das Blatt erinnert daran, daß die preussische Zentrumsfraktion die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen zu Verhandlungen über die Frage der preussischen Regierungsbildung eingeladen hatte, und schreibt dazu: „Die Verhandlungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Man sollte alles aufbieten, um diese Verhandlungen positiv zu gestalten. Ist ein solches Ergebnis erzielt, dann kann es nach der Auffassung des Zentrums nicht ausbleiben, daß die Lösung der Regierungsbildung in Preußen auch eine Klärung im Reich nach sich zieht. Ob der Weg, den das Zentrum weist, zu dem Ziele

Städt. Konzerthaus Raelsruhe

„Die Fledermaus“

Wer bei dieser Klassik aller Operetten etwa eine repräsentative Zusammenfassung der an der jetzigen Sommerpielzeit beteiligten Kräfte erwartet hatte, wurde ziemlich enttäuscht; ja es erhebt sich sogar die Frage, ob es überhaupt nötig und ratsam war, das im großen Haus längst eingebürgerte und dort immer wieder gern gehörte Werk nun auch in dessen Filiale mit einer eben ad hoc aufgedrehten Fassung zu übernehmen.

Es war übrigens nicht allein das Orchester, das oft in willkürlicher Weise und dennoch vergeblich gegen die gewohnt größere Besetzung ankämpfen mußte, weil es da einfach weder die noch musikalische Kräfte zu schlagen gab. Gewiß, man ist in heißen Tagen weniger anspruchsvoll, aber schon bei der unermesslich populären Ouvertüre und auch später, wo immerhin unter Bruno Jäger routinierter Leitung mancherlei aufgeholt wurde, mußte eigentlich jeder fast merken, daß es nicht ganz klappte. Trotz durchweg guter Besetzung mit zum Teil echt Wiener charmanter und virtuosen Gästen hinterließ das Bühnengeschehen einen ungefähr gleichen Eindruck. Vielleicht rächt sich auch da, daß man mittlerweile „Die Fledermaus“ zu einer komischen Oper gemacht hat, was sie ursprünglich bestimmt nicht war. Doch von diesem nun einmal maßgebend gewordenen Standpunkt aus blieb Ida Bauer als Rosalinde die einzige in den Reiz und das Format einer Opernbesänftigung wirklich eingebogene Gestalt. Die Adelle von Eva Schwarz verlor sich viel durch allzuviel individuelle Realistik, und Vera Kraker verfügte kaum über jenes Glanzlicht von Pikanterie, das die Hoheit des Prinzen Orloffs noch erhöht. Von Egid Toroff haben wir jedenfalls schon konzentriertere Proben seines Könnens gesehen als diesen ewigwiedlich fahrigem und nur auf den Ton in seiner Kehle bedachten Eisenstein, zu dem im Spiel sowohl der Alfred Robert Kiefers, wie auch Karlheinz Käfer als Gefängnisdirektor Frank allerdings durch eine menschlich lebenswerte Note desto leichter kontrastierten. Jubelnden Beifall empfingen während der ganzen Aufführung mit Recht nur Otto Schärer als unverwundlich komischer Frosch und — die Primaballerina Elfriede Köhlmann, womit man von der von Emil Reifner szenisch und von Torsten Gehrde dekorativ zwar etwas billig, aber nicht übel aufgemachten Vor-

führt, kann gewiß sehr bezweifelt werden. Und es ist für das Zentrum nach den Vorgängen am Samstag unendlich schwer, an die Möglichkeit einer Einigung und einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu glauben. Aber wer sich nicht von vornherein damit abfindet, erklärt das Blatt zum Schluß, „daß die Gefahr schwerer Verwicklungen heraufbeschworen werde, der müsse jeden Versuch machen, der unter Umständen weiterführen könnte.“

Die Auffassung bei den Deutschnationalen

Aber die Auffassung, die in deutschnationalen Kreisen herrscht, orientiert der den Deutschnationalen nahestehende „Deutsche Schnellbrief“; er schreibt u. a.:

„Hier war eine historische Stunde. Und in dieser historischen Stunde ist nicht erreicht worden, was erreicht werden mußte, was die Nation verlangt und was die deutsche Zukunft verlangt. Der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war durch den Mund des Reichstanzlers v. Papen der Einfluß auf die Staatsführung angeboten worden, der dieser großen Bewegung an sich gebührt und den man ihr zugestehen muß, auch wenn man nicht auf dem Standpunkt steht, daß dies sich nun gerade in personellen Umbesetzungen nach der Methode übermündeter Regierungsbildungen auswirken braucht. Der Einfluß des nationalsozialistischen Willens wäre gestützt und unabweislich gemacht worden, weil der Reichspräsident in Berlin und die Leitung der Reichswehr bereit und willens waren, sich für diesen weiteren Ausbau neuer Staatsführung einzusetzen.“

Da stellte Adolf Hitler Forderungen, und diese Forderungen konnten einfach nicht bewilligt werden, wollte sich nicht der Generalfeldmarschall selbst zu einem Papen herabwürdigen, den kaum gemannenen Begriff des Autoritätsstaates wieder in einen Parteistaat, und zwar in eine einseitige Parteimacht, umzuwandeln und — das schlimmste von allem — das Ansehen der Wehrmacht und ihren Bestand geradezu leichtfertig gefährden. Auf Adolf Hitler haben Millionen von Menschen in glühendem Vertrauen und heißer Hoffnung geschaut. Adolf Hitler selbst hat immer und immer wieder die Forderung nach dem Autoritätsstaat an sich erhoben, hat bis in die breitesten Massen hinein die Erkenntnis getrommelt, daß die Sache alles gelten muß und die Person nichts gelten darf. Es ist eine deutsche Tragödie, die sich hier abgespielt hat.

Vielleicht ist noch nicht alles verloren. Vielleicht gibt das Geschick Adolf Hitler noch einmal die Entscheidung in die Hand. Sobald der neue Reichstag zusammentritt, wird die Präsidialregierung sich ihm stellen. Es ist nicht mehr das Kabinettskapitel von Papen, das Kabinettskapitel von Schleicher oder wie man es sonst bisher nannte — von dieser Stunde an ist es die Regierung Hindenburg selbst! Und dieser Regierung Hindenburg selbst gegenüber wird auch Adolf Hitler noch einmal, allerdings dann unter gänzlich veränderten Voraussetzungen, die große Frage seines Gewissens der Nation gegenüber zu entscheiden haben.“

Scharfe nationalsozialistische Kampfanzeige an Hugenberg

Der Berliner „Angriff“ zielt die Bemerkung eines rechtsstehenden Berliner Blattes, es gelte jetzt, daß jeder in seinem Kreise und nach seinen Kräften dazu beitrage, zu verhindern, daß jetzt ein Kampf innerhalb des nationalen Deutschlands beginne, und erklärt, „die Reichsorgane hätten sich das früher überlegen sollen“. Im übrigen werde der Kampf innerhalb des nationalen Deutschland nicht beginnen; denn dieses nationale Deutschland sei in der NSDAP. geeint.

Um so rückwärtsloser dagegen werde und müsse der Kampf geführt werden gegen die Clique, die sich im Hugenberg-Lager zusammengefunden und die Macht ergreifung Adolf Hitlers und die deutsche Freiheitsbewegung noch einmal hinausgeschoben habe. Die Wiedergeburt Deutschlands sei nur möglich, wenn mit den „reaktionären Dolchhülern“ restlos aufgeräumt werde. Sie seien im Augenblick gefährlicher als selbst der Marxismus und mühten ebenso wie dieser in die Knie gezeugen werden.

Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Verhandlungen am vergangenen Samstag u. a., Hitlers Ablehnung der Biganzlerofferte sei eine Tat gewesen. Hitlers Nein werde nicht nur von der gesamten nationalsozialistischen Bewegung begrüßt, sondern auch vom deutschen Volke, das endlich Schluß haben wolle mit dem bisherigen System. Wie richtig Adolf Hitler gehandelt habe, werde die Zukunft zeigen.

Stellung wenigstens Einiges an Saft und Frische mit nach Hause nahm. S. Sch.

Anton Rudolph †

Eine Kritikerfeder ruht nun für immer, die weit über Badens Grenzen hinaus guten Klang hatte. Denn Anton Rudolph, der seit 1911 in der Landeshauptstadt musikalisch-literarisch wirkte und somit zwar den größten Teil seiner Lebenszeit dem örtlichen Kunstgeschehen widmete, gehörte nicht zu jenem Kreis von Fachgenossen, die sich mehr zufällig und ausschließlich nur um die Ereignisse in ihrer Nähe kümmern. Bis zu seiner schweren Erkrankung, die jetzt seinen jähen Tod herbeiführte, zählte er trotz seiner 58 Jahre zu unserer Überraschung oft zu den Jünglingen und Beseeligten, und wie ein charakteristischer Zug für die rührende Schlichtheit in Rudolphs Wesen stets seine Neigung zum jungen Mozart blieb, dessen Opern-Früherwerke er in liebevoller Bearbeitung bekanntlich der deutschen Bühne wiedergewinnen suchte, ebenso verfolgte und förderte er selbst mit Geist und Aktualität überall das Neue, wo es ihm der sachlichen Unterstützung wert dünkte.

Hauptfordernis war dazu freilich eine gründliche und vielseitige Vorbildung, aber die brachte Rudolph schon aus Straßburg mit, wo er neben Musikgeschichte an der Universität u. a. auch Germanistik studiert und dort im praktischen Nebetätigkeit die erworbenen Kenntnisse sofort ungemein erweitert und vertieft hatte. Trodem scheute sich Rudolph nie, für das, was er intuitiv ersehnte und erlebte, auch mit eindringlichen Worten einzutreten, mitunter sogar auf die Gefahr hin, dadurch der überkommenen Zeitmeinung erheblich voranzuhelfen. Doch gerade dies macht erst das Amt des Kritikers wahrhaft produktiv und gibt seinem in dürren Tagesleistungen bezettelten Stützwert gleichwohl eine den Tag überdauernde Bedeutung. Mit Zug deshalb in diesem kurzen Nachruf noch ein Wort der Anerkennung darüber nicht vermissen werden, daß Rudolph jahrelang wachsamem Auge auch an der Entwicklung der bildenden Künste lebhaftesten Anteil nahm und hier nicht minder mutig und überzeugt den schreibenden Finger auf den innersten Wesenskern der sogenannten modernen Problematik legte. Das und noch manch anderes — Rudolphs bewährte sich ja auch trotz seiner heftigen Herkunft als elsässischer Dialektbäcker — entbeugt uns allerdings der Antwort auf die Frage, ob sein Lebenlauf ein gesegneter war, umso schwerer lastet aber nun auf den engeren Fachkollegen sowohl wie auf seiner treuen Leserschaft der Verlust dieses trefflichen Mannes. S. Sch.

Letzte Nachrichten

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Pläne der Reichsregierung

W. Berlin, 16. Aug. Zu den Nachrichten über das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird mitgeteilt, daß das Reichskabinett voraussichtlich in einer größeren Kundgebung Richtlinien bekanntgeben wird.

Zeit steht, daß zur Arbeitsbeschaffung etwa 200—250 Millionen Reichsmark aufgebracht werden sollen. Diese Mittel will man im Wege der Wechselkontierung von der Reichsbank erhalten. Hierzu wird es schon in diesen Tagen zu weiteren Besprechungen mit Dr. Luthar kommen, der sich anfangs mit diesen Plänen nicht befreunden konnte, der aber doch seine Zustimmung zu diesem Weg geben wird, weil das Reich von sich aus besondere Garantien übernehmen dürfte, um auf diese Weise die Gefährdung der deutschen Währung zu beseitigen.

Drei Wege sollen zur Anrufung der Wirtschaft eingeschlagen werden: einmal wird, wenn auch in beschränkterem Maße, an eine Belebung des Baumarktes gedacht, ferner will man noch weitere Mittel für die Hausreparaturen bereitstellen, was schließlich mit dem Wohnungsmarkt im Zusammenhang steht; zweitens dürfte es zu einer Erhöhung der Mittel für den Arbeitsdienst kommen, um die Zahl der Arbeitsplätze im Arbeitsdienst um 200 000 zu erhöhen, und drittens wird das Zielsetzungswesen ebenfalls durch eine Vermehrung der notwendigen Mittel eine besondere Förderung erfahren.

An die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird nicht gedacht. Weiter wird die Wirtschaftsordnung keine gesetzlichen Bestimmungen über das Tarifwesen enthalten, da hier die verwaltungsmäßigen Mittel ausreichen. Neben diesen offiziellen Beschaffungsplänen denkt man auch noch an eine Erweiterung der Materialbeschaffung bei Reichsbahn und Reichspost, worüber aber noch verhandelt wird.

Irgendwelche Fragen der Verfassungsreform wird das Wirtschaftsprogramm dagegen nicht enthalten. Es wird vielmehr der größte Wert darauf gelegt, daß die Verordnungen ausschließlich wirtschaftsfragen umfassen soll. Nach Ansicht der zuständigen Kreise ist damit zu rechnen, daß die Verordnung am 30. 8. M. fertiggestellt sein wird.

Änderung in der Presseabteilung der Reichsregierung

Major Marks an Stelle Dr. v. Kaufmanns

W. Berlin, 16. Aug. (Tel.) Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. v. Kaufmann, wird auf seinen eigenen Wunsch wieder in den auswärtigen Dienst zurücktreten und demnächst einen Auslandsposten übernehmen. Der Reichskanzler hat dem Herrn Reichspräsidenten als künftigen Leiter der Presseabteilung den bisherigen Pressereferenten des Reichswirtschaftsministeriums, Major Marks, in Vorschlag gebracht.

Der Reichskanzler hat dem ausscheidenden Pressechef in einem Brief die Anerkennung der Reichsregierung ausgesprochen, in dem es heißt: „Da ich mit dem Reichsminister des auswärtigen Dienstes bin, daß den Beamten des auswärtigen Dienstes regelmäßig wieder Gelegenheit gegeben werden muß, ihre Fähigkeiten auch im Auslande zu verwerten, habe ich mich dazu entschlossen, ihrem Wunsch zu entsprechen. Ich werde mich besonders gern unserer Zusammenarbeit auf der Konferenz in Lausanne erinnern, wo Sie mit Ihrer Kenntnis des in- und ausländischen Pressewesens eine wertvolle Hilfe geleistet haben.“

Schwere Ausschreitungen gegen Gerichtsvollzieher und Polizei

W. Berlin, 16. Aug. (Tel.) Ein Gerichtsvollzieher, der heute früh unter dem Schutz mehrerer Polizeibeamter die Wohnung eines Kommunisten zwangsweise räumen wollte, wurde mitsamt den Polizisten von einer kommunistischen Menge angegriffen. Aus dem Hause wurde kochendes Wasser auf die Beamten geschossen. Die Beamten wurden mit Steinen und Knütteln mißhandelt. Die Räumung konnte durchgeführt werden.

Mittel- und osteuropäische Finanzfragen in Genf

W. Genf, 16. Aug. (Tel.) Das Unterkomitee des Finanzausschusses des Völkerbundes, das sich aus den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Italiens zusammensetzt, hat seine Arbeiten beendet. Bezüglich Österreichs, Ungarns und Bulgariens hat das Unterkomitee die laufenden Geschäfte erledigt. Ausdrücklich beschäftigte es sich mit Rumänien, das sich an die technische Organisation des Völkerbundes zur Reorganisation seiner Finanzen gewandt hat. Das Unterkomitee beschloß, nach Rumänien zu reisen, um dem Ersuchen der rumänischen Regierung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Anerkennung des mandchurischen Staates durch Japan

W. London, 16. Aug. (Tel.) „Times“ berichtet aus Tokio, japanische Beamte erklären, daß die Vorbereitungen eines Vertragsentwurfes mit dem Mandchu-Kuo jetzt so gut wie abgeschlossen seien, und daß der Mandchu-Kuo wahrscheinlich anerkannt werde, bevor die Völkerbundsversammlung im nächsten Monat zusammentritt. Zahlreiche Informationen seien bereits über den Bericht der Untersuchungskommission des Völkerbundes über die Lage in der Mandchurei bekannt, und die japanische Regierung sei der Auffassung, daß viele Anregungen für sie unannehmbar sein werden.

Vor einem englischen Textilstreit. Der Zentralausschuß des Verbandes der Arbeiter der Textilindustrie in den nördlichen Grafschaften Englands hat den Streit für den 27. August beschlossen. Davon würden 250 000 Arbeiter betroffen. Die Baumwollindustrie wird von dem Beschluß nicht berührt.

Italiens Getreideernte ist durch anhaltenden Regen im Gesamtdurchschnitt zu 50 Proz. vernichtet, in verschiedenen Gegenden bis zu 80 Proz. Infolgedessen sind die Preise für Getreide in den letzten Tagen stark gestiegen, bei Roggen um etwa 100 Proz.

Mißerfolg der Bolivianer im Gran Chaco. Die bolivianischen Truppen haben das 30 km südlich von Fort Boqueron, das am 31. Juli von ihnen eingenommen worden ist, gelegene Fort Falcon erfolglos angegriffen. Fort Falcon besitzt eine große strategische Bedeutung im Gebiet des Gran Chaco.

Hoover über die Politik des Friedens. In seiner Rede bei Annahme der republikanischen Präsidentschaftskandidatur gab Hoover in eindringlichen Worten für die Welt ein Verlangen ab. Die Welt, so erklärte er, braucht den Frieden und muß Frieden mit Gerechtigkeit haben. Ich werde unablässig mit ganzer Kraft dafür kämpfen, daß alle Wege beschritten werden, die zu einer neuen Welt führen, in der das Recht über die Gewalt triumphiert.

Der deutsche Außenhandel im Juli

Ausfuhrüberschuß 66 Millionen Reichsmark

Die Einfuhr im Juli beträgt 366 Mill. Reichsmark gegenüber 364 Mill. Reichsmark im Juni. Die leichte Zunahme entfällt auf die Einfuhr von Rohstoffen (plus 3 Mill. Reichsmark) und Lebensmitteln (plus 1/2 Mill. Reichsmark). Die Fertigwarenausfuhr weist zwar dem Werte nach eine Abnahme um 1 1/2 Mill. Reichsmark auf; dem Volumen nach hat sie aber ebenfalls leicht zugenommen.

Die Ausfuhr, die einschließlich der Reparations-Sachlieferungen im Vormonat 454 Mill. Reichsmark betragen hat, ist im Juli infolge einer Abnahme der Fertigwarenausfuhr um 22 Mill. Reichsmark auf 432 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Der Rückgang entfällt im wesentlichen auf den Warenabsatz nach der UdSSR, der bekanntlich starken Schwankungen unterliegt. Im übrigen weist das Zultergebnis nach den vorliegenden Ermittlungen nur insofern Veränderungen von Bedeutung auf, als einer Zunahme der Ausfuhr nach Großbritannien in gleichem Umfang ein Rückgang bei der Ausfuhr nach Frankreich gegenübersteht.

Ein Nachweis von Reparations-Sachlieferungen kommt am Juli 1932 nicht mehr in Frage; auf Grund der Lausanner Vereinbarungen werden die Sachlieferungen aus noch bestehenden Sachlieferungsverträgen in der Form freier Handelsgeschäfte abgewickelt.

Die Handelsbilanz schließt im Juli mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 66 Mill. Reichsmark ab; im Juni hatte der Ausfuhrüberschuß unter Einbeziehung der Reparations-Sachlieferungen 90 Mill. Reichsmark betragen.

Der Rückgang der Fertigwarenausfuhr ist die Folge eines Winderabjages von nichtelektrischen Maschinen um 14 Mill. Reichsmark (davon Werkzeugmaschinen um 8 Mill. Reichsmark), an Eisenblech und Eisenblech (minus 6 Mill. Reichsmark), Stahl- und Formeisen (minus 4,5 Mill. Reichsmark), elektrischen Maschinen (minus 3 Mill. Reichsmark), Kleidung und Wäsche (minus 2 Mill. Reichsmark). Eine Reihe anderer Erzeugnisse, wie Waren aus Kupfer, Schwefelsaures Kali und Chloralkalium, Leder, Wolle, konnte um jeweils etwa 1 Mill. Reichsmark vermehrt ausgeführt werden.

Das erste Sondergericht

Die Oplauer Ausschreitungen

Vor dem Sondergericht in Bries (Schlesien) begann am Montag die Verhandlung wegen der Oplauer Ausschreitungen vom 9. Juli zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Angeklagt sind der Reichsbannerführer Durnid und Genossen. Bei den blutigen Straßenkämpfen in Oplau wurden zwei SA-Leute getötet und über 30 Personen zum Teil schwer verletzt.

Die Angeklagten erklären, daß die blutigen Vorgänge durch maßlose Provokationen uniformierter Nationalsozialisten verschuldet worden seien. An dem tragischen Sonntag gegen 20 Uhr kehrten etwa 180 Reichsbannerleute von einem Treffen in Raslowitz auf Lastwagen und Fahrrädern zurück und blieben in ihrem Verkehrslokal etwa 300 Meter vor der Stadt zusammen. Kurz darauf kam es zu Zusammenstößen in der Stadt, wobei die verarmelten Reichsbannerleute Nachricht erhielten. Sofort begab sich ein Teil von ihnen nach der Stadt. Es kam dann zu einer Reihe von weiteren Zusammenstößen.

Kurze Nachrichten

Gratulationen zum Verfassungstag. Anlässlich des Verfassungstages haben zahlreiche fremde Staatsoberhäupter dem Reichspräsidenten telegraphisch ihre Glückwünsche übermittelt.

Graf v. Bassewitz soll Chef des Protokolls werden. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist zum Nachfolger des Grafen Tattenbach als Chef des Protokolls der bisherige deutsche General-Konjunkt in Kalkutta, Rudolf Graf v. Bassewitz, ausersehen.

Neuer italienischer Botschafter in Berlin. Der neue italienische Botschafter in Berlin, Vittorio Cerutti, steht im 52. Lebensjahr. Er und seine aus Ungarn gebürtige Gattin beherrschen die deutsche Sprache.

Keine Verurteilung der SA? Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß Adolf Hitler die SA auf acht Tage beurlaubt habe, wird von der Pressestelle der NSDAP erklärt, im Braunen Haus in München sei nichts davon bekannt.

Medienburgische Polizei darf politische Abzeichen tragen. Die Medienburg-Schweizer Staatsregierung hat den Beamten der Landespolizei das Tragen politischer Abzeichen außerhalb der Uniform und außerhalb des Dienstes gestattet.

Badischer Teil

20. Todestag des Erfinders der Weltsprache Wolapük

Die Pressestelle beim Staatsministerium bringt folgende Erinnerung:

Am heutigen 16. August sind 20 Jahre seit dem in Konstanz erfolgten Tode des Prälaten Johann Martin Schleyer, des Erfinders der Weltsprache Wolapük, verfloßen. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hatte die von Schleyer konstruierte Weltsprache Wolapük eine gewisse Verbreitung erlangt; sie wurde vielfach gesprochen. In der neueren Zeit hat sie ihre Bedeutung verloren.

Seinen Vorschlägen legte Schleyer die englische Sprache, und zwar, wie sie gesprochen, nicht geschrieben wird, zugrunde. Er wählte aber auch aus anderen europäischen Sprachen seine Wortstämme.

Schleyer war am 18. Juli 1831 in Oberlauda geboren; er wurde Priester und amtierte zuletzt in Litzelstetten (Amt Konstanz). Er starb in Konstanz am 16. August 1912. — Die Stadt Konstanz hat im vorigen Jahre ihm zu Ehren eine Straße, Schleyer-Straße, benannt.

Betreuerische Wäschereisende

Immer wieder treten in den Landgemeinden, hauptsächlich im badischen Hinterland, Reisende auf, die in aufdringlicher Weise Wäsche abzugeben suchen. Durch List und Täuschung werden Frauen betrogen, ihre Namen auf einen Zettel zu schreiben; erst später erkennen sie, daß sie einen Wäscheauftrag auf Wäsche oder Schuldschein (Kauf) unterschrieben haben. Teilweise werden auch mehr Stüde berechnet als geliefert wurden, teilweise schreibt der Reisende auf den Wäscheauftrag eine viel größere Menge als die Käuferin bestellt hat. Meist unterschreiben dann die Frauen den Wäscheauftrag, ohne sich zu überzeugen, was darauf steht. Die gefaulete Wäsche ist meistens von geringer Qualität.

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor diesen Reisenden.

Für Umgestaltung der Fiskalsteuer

Wie der DZ-Dienst hört, hat der Verband badischer Gemeinden an das badische Innenministerium das Ersuchen gerichtet, beim Reichsfinanzminister wegen einer Umgestaltung der Fiskalsteuer vorstellig zu werden. Der Verband ist der Auffassung, daß die Erhebung der Fiskalsteuer in Form von Zuschlägen zur Gewerbesteuer der Forderung nach einer wirksamen Besteuerung nicht gerecht wird. Die Fiskalsteuer müsse vielmehr als reine Gemeindesteuer zur Erhebung kommen, ohne daß also das Land und die Kreise daran teilnehmen. Wirksam werde sie nach jeder Richtung nur sein, wenn sie in Gestalt von gestaffelten Zuschlägen nach dem Umsatz erhoben wird.

Aus der badischen Landwirtschaft

Gute Aussichten für die Tabakernte. Das warme Sommerwetter der letzten Tage hat — wie aus Rehl gemeldet wird — die Tabakpflanzen derart gefördert, daß mit der Sandblatternte bereits in den nächsten Tagen begonnen werden kann. Der Tabak steht teilweise so dicht, daß die Sandblätter nur mit großen Schwierigkeiten geerntet werden können.

Aus der Landeshauptstadt

Die Stadt Karlsruhe hat der Witwe des Innenministers Maier die herzlichste Teilnahme ausgesprochen. An der Beisetzung in Heidelberg am Mittwochnachmittag 3 Uhr wird eine Abordnung des Stadtrates mit dem Ersten Bürgermeister Sauer an der Spitze teilnehmen.

Ein neuer Komet. Die Potsdamer Sternwarte hat einen Kometen gesichtet, der am 8. August in Amerika entdeckt worden ist. Der Komet bewegt sich sehr rasch in der Richtung des nördlichen Himmels. Er ist schon mit einem kleinen Instrument zu sehen. Mit bloßem Auge ist er jedoch noch nicht sichtbar.

Der vierte Studententausender gezogen. Am Montagvormittag wurde in Karlsruhe der vierte Tausendmarktgewinn der Karlsruher Studentengeldlotterie gezogen. Die glücklichen Gewinner sind weniger bemittelte Hausfrauen, die auf dem Wege des Jahnspinnennetzes einen Gewinn von jeweils 100 Reichsmark somit einheimen konnten.

Achtung, Wechselbetrüger! Zur Zeit treiben sich wieder sogenannte Wechselbetrüger in der Stadt umher. Sie arbeiten in der Weise, daß sie in einem Geschäft eine Kleinigkeit kaufen, dann ein größeres Geldstück zum Wechseln hingeben, um in einem unbedachten Augenblick das zu wechselnde Geldstück mit dem Wechselgeld einzustechen. Vielfach wird die Aufmerksamkeit des Verkäufers durch verschiedene Fragen abgelenkt, so daß der Betrüger mühelos sein Mandat ausführen kann.

Unverlangtes Baden. Wegen Badens an verbotenen Stellen mußte eine Anzahl Personen angezeigt werden. Es wird bei der Gelegenheit darauf hingewiesen, daß u. a. das Baden in der Riesgrube im Durlacher Wald (bei der großen Linde) verboten ist, und daß die Polizei gegen Zuwiderhandelnde unmissverständlich einschreiten wird.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Emmerich Kalmans „Das Belchen vom Montmartre“ zählt zu den beliebtesten Operetten der diesjährigen Spielzeit. Die Aufführungen sind auch erspürlich zu nennen. Dazu kommt noch die leicht beschwingte Musik. Es ist daher zu verstehen, daß diese Operette sich ganz besonders der Gunst des Publikums erfreut und die Vorstellungen immer stark besucht sind. Heute 20 Uhr findet eine Wiederholung statt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Dienstagmorgen: Das vorwiegend heitere Wetter wird weiterhin anhalten. Gewitterbildungen stehen kaum noch bevor. Wetterausblick für 17. Aug.: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstände: Balzshut 387 minus 7, Basel 140 minus 7, Schusterinsel 215 minus 5, Rheinweiler 31 minus 6, Rehl 345 minus 5, Mainz 517 minus 9, Mannheim 418 minus 8, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Langensteinbach (bei Durlach), 16. Aug. Der um das Wohlgehen unserer Gemeinde hochverdiente Bürgermeister Karl Schöpfle feierte heute sein 50jähriges Amtsjubiläum. Der Jubilar gehörte lange Jahre der badischen Volksvertretung an.

DZ. Offenburg, 16. Aug. Die Große Strafkammer des Landgerichts Offenburg verurteilte den früheren Homöopathen Hans Jalah Buhmann von Gengenbach, zuletzt in Rehl bzw. Strahburg i. E. wohnhaft, wegen Münzverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, die Ehefrau Joseph Kohler aus Rehl zu neun Monaten Gefängnis wegen Beihilfe dazu und die Ehefrau Pauline Kelm zu vier Monaten Gefängnis wegen Begünstigung. Buhmann hatte in Strahburg i. E. eine Falschmünzwerkstatt errichtet, in der Fünfmarkstücke aus Messing hergestellt und auf galvanischem Wege verfilbert wurden. Die Falschstücke wurden in Rehl in wenigen Exemplaren in Verkehr gebracht, als die Strahburger Polizei die Falschmünzwerkstatt aushub.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amlich)

	16. August		15. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.78	170.12	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	78.22	78.38	78.07	78.23
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.53	21.57
London . . . 1 Pf.	14.68	14.72	14.63	14.67
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	82.01	82.17	81.97	82.13
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Bra. 100 Kr.	12.465	12.482	12.465	12.485

Mit über 500 Studierenden schießt die Ingenieurschule Weimar das Sommersemester 1932/33 zu beginnen. Auch in diesem Semester hat die Anstalt die besten Unterrichtserfolge auf den Gebieten des Maschinen- und Automobilbaues, der Elektrotechnik und der Papiertechnik zu verzeichnen. Besonders erfolgreich arbeitete sie auch in der Flugtechnik. Ihrer Flugzeugingenieurabteilung gliedern sich eine Fliegerchule und mustergerüstig eingerichtete Lehrwerkstätten für Flugzeugbau an, in denen anerkannte Fachleute wie der Kunstflugmeister Achelis und der Weltrekordsegelflieger Kronfeld mitwirken.

Es war eine weitblickende Tat, die Anstalt von Altenburg nach dem günstigeren Ausbildungsmöglichkeiten bietenden Weimar zu verlegen und diese mit den von der Stadt Weimar zur Verfügung gestellten erheblichen Mitteln in mustergerüstiger Weise auszubauen. Der illustrierte Prospekt über das 37. Schuljahr ist in den letzten Tagen erschienen und wird Interessenten auf Anforderung zugelandt.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Nr. 32

W o r t e: erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zugügig Posten vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

16. August 1932

Die Organisation der Kriminalpolizei in Baden

Über die Organisation der Kriminalpolizei in Baden ist aus den Landtagsverhandlungen zum Justizetat folgende Stellungnahme zu entnehmen:

Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.):
Weglich der Organisation der Kriminalpolizei sprach sich die Juristen aus allen Parteien für die Beibehaltung des jetzigen Systems aus, das ausgezeichnete Erfolge gehabt habe. Die Kriminalpolizei in den großen Städten habe auf den verschiedensten Gebieten Spezialfachverständige herangebildet, die dem Staate große Kosten für Sachverständige ersparten. Richter und Staatsanwälte könnten mit diesen Spezialisten oft nach ganz kurzen mündlichen Aussprachen schwere kriminalpolitische Aufgaben rasch lösen. Es sei auch ein Erfolg des badischen Systems, das eine gründliche Vorbereitung vor der Anklageerhebung ermögliche, daß nach der Reichsstatistik 1927 auf 100 Anklagen im Reich durchschnittlich 16 Freisprechungen, in Preußen 18 und in Württemberg 16 erfolgten, während Baden nur 5 Freisprechungen auf 100 Fälle aufzuweisen hat.
Der Herr Justizminister erklärte, im Staatsministerium sei im Spargutauchten noch nichts wegen Änderung der Organisation der Kriminalpolizei beschlossen, man müsse einerseits Einsparungen machen und es könnte vielleicht durch eine gewisse Änderung der Organisation eine bessere Schlagkraft der Kriminalpolizei erreicht werden. Es werde vielleicht an einem Ort ein Versuch mit der Zusammenlegung gemacht. Die im Ausschuss vertretenen Richter und Rechtsanwälte wollen von einer Änderung der erprobten Organisation der badischen Kriminalpolizei nichts wissen, namentlich in den größten Städten nicht.

Staatspräsident Justizminister Dr. Schmitt:
Nun noch ein anderer Punkt. Wenn man die Frage prüft, wieviel Freisprechungen in Strafprozessen in einem Durchschnitt der deutschen Länder erfolgen, so ist die Antwort folgende: Auf 100 Anklagen in Strafsachen entfallen im Reichsdurchschnitt 16 Freisprechungen; in Baden sind es deren nur 5. Womit hängt das zusammen? Das hängt einmal damit zusammen, daß wir unsere Strafprozesse vermöge der besonderen Organisation der Kriminalpolizei sehr eingehend vorbereiten (Abg. Böning: Wochenlang in Untersuchungshaft!), und zweitens damit, daß unsere Staatsanwälte eben auch ein gründliches Maß von Verantwortungsgefühl besitzen, indem sie Einstellung beantragen, wenn sie von vornherein erkennen, daß aus der Sache doch nichts herauskommt.

Abg. Eggler (Centr.):
Nun noch eine Bemerkung zur Kriminalpolizei, die auch im Ausschuss behandelt worden ist. Der Herr Berichterstatter hat in seinem Bericht auf sie abgehoben. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß alle in der Justiz ausgewachsenen Richter und Staatsanwälte auf dem Standpunkt stehen, daß die Kriminalpolizei in dem heutigen Zustand beibehalten werden soll als tüchtiger Mitarbeiter der Justiz. Ich möchte hier wieder sagen, was ich schon früher gesagt habe, Herr Justizminister sind Sie vorichtig in diesem Punkte gegenüber dem Ministerium des Innern, behalten Sie alte, bewährte Einrichtungen bei, und machen Sie keine Neuerungen und Experimente mit, die nicht im Interesse der Justiz liegen. Man kann den Versuch einmal machen, um nachher am Exempel zu statuieren, daß es so nicht richtig ist, wie man in einer gewissen Abteilung des Innenministeriums sich die Sache vorstellt. (Abg.

Dr. Wolfhard: Aber nicht in der größten Stadt! — Weiterer Zuruf: Sehr gut!) Das muß ich dem Herrn Berichterstatter als Mannheimer überlassen, gegen diese Absicht zu plädieren (Weiterkeit.)

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.):
Der Herr Staatspräsident war leider gerade infolge anderweitiger dienstlicher Verpflichtung nicht da, als sein Fraktionskollege Abg. Eggler über die Kriminalpolizei sprach und den Wunsch, der auch von den Juristen der verschiedensten Parteien — auch von dem verstorbenen Kollegen Ostfänger, als er noch hier war —, also einem Kollegen von der Staatsanwaltschaft ebenso wie von allen Richtern bis zu den höchsten Positionen geteilt wird, ausgesprochen hat, daß die gute badische Kriminalpolizei erhalten bleibt. Ich will weiter den Wunsch aussprechen, daß der Versuch der Zusammenlegung der Kriminalpolizei und der weit jüngeren Fahndungspolizei nicht etwa so gemacht wird, daß man den Gaul von hinten angreift und gerade die größte Stadt, Mannheim, zu diesem Versuchsfeld anzuweisen will, sondern daß man dazu etwa einen Platz, der nicht Sitz eines Staatsanwalts ist, wählt. Dafür wird auch das Justizministerium wie der Herr Referent, mit dem ich mich darüber beim Spargutauchten unterhalten habe, durchaus Verständnis haben. Aber es darf nicht so sein, daß man sagt, die größte Stadt des Landes ist gerade gut genug, um einen solchen Versuch zu machen. Ich darf daran erinnern, wie der verorbene Herr Staatspräsident Wittemann seine letzte menschliche Kraft dazu verwendet hat, um seinen Standesgenossen diesen Wunsch zu erfüllen, was wir ihm hoch anrechnen, und der in seiner letzten Sitzung im Kabinett im September 1931 ausblieb, bis die Frage der Kriminalpolizei erledigt worden ist. Herr Staatspräsident, ich erinnere Sie an die Zeit, da sie selber Richter waren, daß das von den Männern, die aus unserem Berufsstande hervorgegangen sind, keine Eigenwilligkeit ist, sondern auf besonderer Berufserkenntnis beruht, wenn gewünscht wird, daß die gute Einrichtung der badischen Kriminalpolizei, die wir in langer, jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut haben, nicht abgebaut wird, weil ein gewisser Resortparticularismus im Ministerium des Innern besteht, der eben auch das letzte Fädchen der Polizei unter seine starken und gewaltigen Fittiche nehmen möchte. Ich bin überzeugt, daß ich nicht umsonst an Sie und Ihre Richterchaftsgenossen appelliere. Lassen Sie es bei dem gut bewährten und erprobten System der badischen Kriminalpolizei. Die Zahlen, die Sie genannt haben, beweisen die gute Vorbereitung der Anklagen in Baden, durch Untersuchungsrichter, Staatsanwälte und namentlich durch die Kriminalpolizei durch unsere besonders ausgebildeten Spezialisten in Mannheim, Karlsruhe usw., die als treffliche Sachverständige dem Staat Tausende von Reichsmark jährlich ersparen. Sie beweisen, daß das Verhältnis der Freisprechungen zu den Verurteilungen bei uns ein viel günstigeres ist, als in anderen Staaten Deutschlands. Daran hat die Kriminalpolizei in erster Linie einen Hauptanteil.

lungsunfähigkeit von 68, durch Tod von 184 und an beruflich pflichtig gewordenen 48 Mitgliedern. Nach Berufungsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Berufungsklassen				
	I	II	III	IV	zus.
Veränderung durch Umschreibungen innerhalb der Berufungsklassen:	+248	+10	-78	-180	+258
somit Mitgliederstand 1. April 1932	2825	6780	4047	4733	18385
hierzu mitberuferte Personen über 21 Jahren:	1777	5641	3358	3585	14341
Kinder über 18 bis einschließlich 21 Jahren:	103	298	234	306	941
Kinder unter 18 Jahren:	1663	5705	3334	3288	13990
zusammen	6378	18424	10973	11892	47657

Die Aufrechterhaltung der Versicherung wurde mandien Mitgliedern dadurch erleichtert, daß sie von der Möglichkeit des Übertritts in eine Berufungsklasse mit geringerem Beitrag Gebrauch machen konnten. Auf diese Weise konnte die Zahl derer, die wegen Gehaltsföhrung ihren Austritt erklärten, auf eine verhältnismäßig geringe Zahl beschränkt werden.

Die Ausgaben für Arztkosten (einschl. der Operationen) sind gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich geblieben, während die Ausgaben für Verpflegungskosten in den Krankenhäusern, teilweise infolge Verbesserung der Leistungen, eine nennenswerte Steigerung um 0,28 Proz. erfahren haben. Auch in den Zahnbehandlungskosten ist eine unerwartete Steigerung der Ausgaben um 0,69 Proz. festzustellen. Rückläufig zeigten sich die Ausgaben für Arzneikosten (0,25 Proz.), für Lichtbestrahlungen (0,12 Proz.), für Heilbäder (0,26 Proz.); auch die Ausgaben für Sterbegeld haben trotz Erweiterung des Sterbegeldes auf die mitberuferten Personen über 21 Jahren eine leichte Verminderung erfahren.

Die Einnahmen an Beiträgen, Eintrittsgeldern, Zinsen betragen einschließlich des Vortrags aus letzter Rechnung 1932 901,06 RM. gegen 1907 751,67 RM. im Vorjahr. Die Gesamtausgaben sind auf 1 924 713,18 RM. gegen 1 900 455,33 Reichsmark im Vorjahr, somit um 24 257,80 RM. angewachsen. Sie verteilen sich auf

	in Rubrikteilen des Gesamteinnahmes
Rasseneinnahmen:	1 730 441,15 RM. 89,53 Proz.
Satzungsgemäße Rücklagen:	80 000,— " 4,14 "
Verwaltungskosten:	
a) persönliche	62 033,02 " 3,21 "
b) sächliche	17 803,40 " 0,91 "
c) Werkkosten	14 405,39 " 0,74 "
Sonstige Ausgaben:	20 230,22 " 1,05 "
Der Rest mit	8 187,88 " 0,42 "

wurde der neuen Rechnung vorgetragen.
Legt man der Berechnung der Kasseneinnahmen im Verhältnis zur Gesamteinnahme lediglich die Beiträge und Eintrittsgelder zugrunde, so erhöht sich der Rubrikteil von 89,53 auf 91,59 (im Vorjahr 91,55), eine Zahl, die von anderen größeren Krankenkassen nicht erreicht wird. Auf die Verwaltungskosten entfallen 4,12 b. H., was gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung von 0,24 v. H. bedeutet. Der Kassenvorstand war bemüht, eine reibungslose Führung der Kassengeschäfte zu erreichen. Besonderen Wert legte er mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse auf eine rasche Auszahlung der Erfordernisse.

Aus dem Geschäftsbericht der Badischen Beamtenkrankenkasse für 1931/1932

Der Mitgliederstand von 17 672 im Vorjahr hat sich auf die Zahl von 18 385 gehoben, wie auch die Zahl der versicherten Personen (seitler 46 288) eine Zunahme auf 47 657 erfahren hat. Diese Bewegung setzt sich zusammen aus einem Neuzugang an Mitgliedern von 1089, dem gegenüber steht ein Abgang durch Austritt wegen Gehaltsföhrung von 81, durch Wegzug aus dem Geschäftsgebiet der Kasse oder wegen Zah-

Ingenieur-Schule Weimar
Flugzeugbau / Flieger-schule / Papiertechnik
Eigene Lehrwerkstätten
Maschinenbau / Elektro-technik / Automobilbau
Prospekt anfordern

Stuttgarter Schloßbrandhilfe-Geldlotterie, Ziehung 12. u. 13. August 1932. In die für Baden zugelassenen Lose fielen nachstehende Gewinne:
10 RM. Nr. 15782. Je 5 RM. Nr. 36140, 50178, 84472, 84552, 133 941, 147651, 148 000. Je 4 RM. Nr. 36076, 127253, 133124, 133474, 133990. Je 3 RM. Nr. 15108, 50416, 84126, 84338, 133035, 133205, 147313, 172828. Je 1 RM. gewinnen alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen (sofern nicht schon mit höherem Gewinn gezogen): 022, 027, 033, 039, 043, 067, 084, 112, 116, 134, 152, 189, 196, 228, 251, 349, 386, 414, 427, 432, 441, 444, 448, 465, 486, 542, 547, 564, 689, 767, 802, 882, 915, 930, 939, 970, 994. Ferner je 1 RM. Nr. 15667, 133996.

Straßenbauarbeiten
Das Wasser- und Straßenbauamt Offenburg vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Arbeiten und Lieferungen für die Verbreiterung der Landstraße Nr. 34 Gutach-Freudenstadt von km 26,951—27,689, auf Gemerkung Nippoldsau, in folgenden Losabteilungen:
Los 1 Erdarbeiten und Chaußierung.
Los 2 Mauerarbeiten u. Zementrohrliefer.,
Los 3 Gestüdt- u. Mauersteinlieferung,
Los 4 Lieferung von Schottermaterial,
Los 5 Fuhrleistungen,
Los 7 Pflastersteinliefer.,
Los 8 Pflasterarbeiten.
Pläne und Bedingungen können auf dem Geschäftszimmer des Bauamts durch die Bewerber eingesehen werden; nach auswärts werden dieselben nicht abgegeben.
Angebote, wozu die Vorbrücke beim Bauamt erhältlich sind, sind spätestens **Mittwoch, den 24. August 1932, vormittags 11 Uhr**, verschlossen, mit der Aufschrift „Verbreiterung der Landstraße Nr. 34“ auf dem Bauamt einzureichen.
Der Zuschlag erfolgt durch die Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe.

Brüdenbauarbeiten
Das Wasser- und Straßenbauamt Offenburg vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Arbeiten zum Umbau der Ochsenbrücke in Friesenheim in 3 Losen.

Los Nr. 1. Fundament-, aushub und Mauerwerk- abbruch zirka 250 cbm, Stampfbeton zirka 100 cbm, Eisenbeton zirka 30 cbm, Sohlenpflaster zirka 100 qm, einschl. aller Nebenarbeiten.
Los Nr. 2. Granitklein-pflaster zirka 150 qm, Um-pflasterung zirka 150 qm.
Los Nr. 3. Schloßerarbeiten zirka 400 kg.
Pläne und Bedingungen liegen auf dem Bauamt zur Einsichtnahme auf. Angebote, wozu Vorbrücke beim Bauamt erhältlich, sind bis spätestens **Mittwoch, den 24. August 1932, vormittags 10 Uhr**, verschlossen, mit der Aufschrift „Ochsenbrücke Friesenheim“ beim Bauamt Offenburg einzureichen.
E. 115
Verband nach auswärts erfolgt nicht.
Offenburg, 15. Aug. 1932.
Wasser- und Straßenbauamt.

Badisches Landes-theater
Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus
Mittwoch, 17. August 1932
Die Fledermaus
Operette von Joh. Strauß
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner
Mitwirkende:
Toroff, Bauer, Pierment, Kiefer, Böser, Schwarz, Krager, Schnizer, Hofer, Hellmuth, E. Lindemann, Schönthaler, G. Rivinius, Meister

Karlsruhe. E. 384
Vereinsregistereinträge:
1. Stadtausschuß für Arbeit-sport und Jugendpflege, Karlsruhe.
2. Aneipp-Bund E. S. Bad Württemberg, Ortsgruppe Karlsruhe (Aneipp-Verein Karlsruhe) in Karlsruhe.
3. Badischer Baumeisterbund (B.B.B.), Karlsruhe, 12. S. 32.
4. Süddeutscher Rechts- und Kreditgenossenschaft, Karlsruhe, 13. S. 32.
Amtsgericht Karlsruhe.

Städtische Sparkasse Schopfheim (Öffentliche Sparkasse) Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassend Bestand	11 490,72	1. Spareinlagen	2 018 916,51
2. Guthaben bei Komm. Landesbank, Sparkassen, Banken u. Postföhrdant	243 709,15	2. Aufgewertete Sparein-lagen	725 745,58
3. Wertpapiere	38 915,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	193 107,72
4. Wechsel	14 646,57	4. Anlehenskapitalien	3 343,58
5. Hypothekendarlehen	1 323 853,58	5. Sonst. Verbindlichkeiten	2 695,—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	354 769,58	6. Rücklagen	
7. Schuldscheindarlehen an Private geg. Bürgschaft	26 210,—	a) Gehöhl. Reservefonds	127 868,58
8. Darlehen an Gemeinden	457 480,—	b) Sonderrücklagen	30 000,—
9. Grundstückskaufgelber	29 805,—	7. Reingewinn 1931	19 019,92
10. Aufwertungsfor-derungen	388 466,70		
11. Einnahmerückstände	79 925,91		
12. Verwaltungsgebäude	45 000,—		
13. Sonstige Eigenschaften	1 551,95		
14. Gerätschaften	1,—		
15. Aufwertungs-Abrechnungs-Konto	104 871,73		
	3 120 696,89		3 120 696,89

Berechnung der Rücklage
Die geföhrliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 2 937 769,81 RM Spar-, Aufwertungs-spar-, Giro- u. Konto-Korrent-Einlagen = 146 888,50 RM
Sie beträgt auf 31. Dezember 1931: 127 868 58 RM
Zuweisung des Reingewinns 1931 19 019,92 RM = 146 888,50 RM
Schopfheim, den 15. Juni 1932.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Dr. Refer.
Der Geschäftsleiter: Schringer.